Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 7

Artikel: Ruhig, aber nicht abseits : Burundi

Autor: Lefert, Jacques

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076642

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUHIG, ABER NICHT ABSEITS: BURUNDI

Im unruhigen Ostafrika liegt ein Land, auf das die blutigen Ereignisse der letzten Zeit nicht übergegriffen haben: Burundi. Dabei ist das Königreich wirtschaftlich nicht nur unterentwickelt, sondern geradezu unentwickelt. Aber es weist trotz seiner monarchischen Staatsform einen bemerkenswerten Willen zum demokratischen und sozialen Fortschritt auf. Zeichen dafür ist die für Afrika erstaunliche Aufhebung der Stammesunterschiede. Zwischen den einstmals «adligen» Watussi und den «gewöhnlichen» Bahutu gibt es nicht nur keine Ungleichheit vor dem Gesetz, sondern auch keine Komplexe mehr.

Burundi, ein kleines, hügeliges Land, liegt im Herzen Afrikas, östlich vom Kongo. Zusammen mit Rwanda war es bis zur Unabhängigkeitserklärung unter der Benennung «Ruanda-Urundi» von Belgien verwaltet worden, als Treuhandschaftsmandat der UNO. Das Budget dieses Territoriums wurde damals als *ein* Budget an dasjenige des Kongos angegliedert, und der immer wiederholte Begriff der Verwaltungseinheit rief automatisch eine gedankliche Identität auf dem Gebiet der Geschichte und schliesslich der Politik hervor. Ereignisse in dem einen oder andern Territorium wurden, nicht näher bezeichnet, «Ruanda-Urundi» zugeschrieben. Dann kam die Unabhängigkeit. Rwanda wurde zu einer Republik, während Burundi die Staatsform der Monarchie beibehielt. Der europäische Beobachter hatte das Gefühl, dort falle ein Staat auseinander, dessen Teile eigentlich zueinander gehörten. Dies waren keineswegs die Gefühle der Betroffenen, die um die Unterschiede zwischen Ruanda und Burundi wussten.

Bereits die ersten Kolonisatoren, es waren Deutsche, berichteten, wie sie in Burundi eine Monarchie antrafen, die weniger zentralistische Tendenzen aufwies als in Rwanda. Anlässlich der Unabhängigkeitserklärung bemühten sich verschiedene Journalisten, die Oeffentlichkeit über unterschiedliche soziale und politische Entwicklungen der beiden Staaten aufzuklären. Aber hier sollen keine Vergleiche gezogen werden, sondern von einem Lande die Rede sein, das dem Schreibenden aus Studium und in langen Gesprächen mit einem Einheimischen viel näher gekommen ist.

Die zwei Bevölkerungsgruppen, die Burundi bewohnen, Bahutu und Watussi, lebten schon sehr viel früher in einer Art Symbiose im Norden Bugandas. Sie wanderten dann nach und nach in das Gebiet ein, das heute Burundi heisst. Zuerst die Bahutu, die zu den Bantu-Negern gehören, dann die Watussi, (Rasse der Hamiten), viehhaltende Bauern, die ihnen vor etwa 500 Jahren folgten.

Die revolutionärere Partei war monarchistisch

Das politische Erwachen Burundis ist jüngsten Datums. Erst Ende 1959 wurden kleine Gruppen ins Leben gerufen, die sich damit beschäftigten, die Bestrebungen des Volkes in parteipolitische Programme einzubauen. Beim Wahlkampf vor der Unabhängigkeit standen sich dann zwei grössere Parteien gegenüber, der «Front commun» und der «Uprona» (Parti pour l'Union et le progrès national). Der «Front commun» hatte engere Beziehungen mit der Kolonialverwaltung, genoss ihre Unterstützung, sah die Erlangung der Unabhängigkeit erst in weiterer Zukunft vor, war im voraus siegessicher und leistete deshalb weniger gründliche Arbeit. Der «Uprona», die monarchistische Partei, pochte auf baldige Unabhängigkeit — nach Legislativwahlen und Aufstellung eines Parlamentes und einer Regierung — und erlangte einen unerwarteten Wahlsieg: 58 Sitze in der einzigen Kammer des Parlaments gegen 6 des «Front commun». Am 1. Juli 1962 wurde Burundi unabhängig und blieb der Monarchie treu, hatte aber die Wendung zu parlamentarischen Formen vollzogen. Eine Verfassung nach belgischem Muster dient dem jungen Staat mit seinen 18 Provinzen als verfassungsrechtliche Grundlage. Dank diesem politischen Wandel erhielt Burundi sein politisches Reifezeugnis und einen Sitz in der UNO.

Der Gang der Geschichte bringt es aber mit sich, dass man heute in der Republik vielfach ein besseres politisches System erblickt als in einer Monarchie. Monarchie war lange Synonym für Feudalismus und Despotismus: vor längerer Zeit in Europa, lange noch in den beiden kleinen Ländern, von denen hier die Rede ist. Rwanda schüttelte in einer blutigen Revolution die Herrschaft der Watussis ab. Daraus wird von politischen Beobachtern nicht selten geschlossen, Burundi müsse früher oder später eine gleiche Revolution durchmachen, um den Weg des Fortschritts anzutreten.

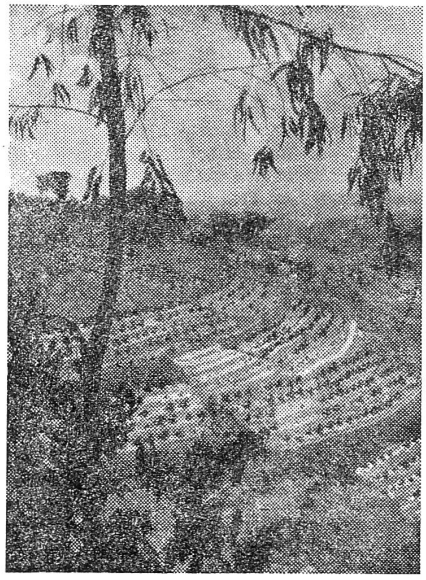
Ruhe und Ordnung ohne Diktatur

Wir Europäer leiden — was die Beurteilung der Ereignisse im schwarzen Afrika betrifft — an einem gewissen Atavismus. Von unserer Geschichte her sind wir gewohnt, durch Jahrhunderte hindurch Entwicklungen zu verfolgen, daraus Schlüsse zu ziehen, vielleicht sogar für die Zukunft. Und wir versuchen, die gleiche Untersuchungsmethode auf Afrika anzuwenden. Das Resultat läuft dahin, dass unsere Kritik nicht ankommt, weil sie einfach nicht verstanden werden kann oder dass Kritik getrieben wird, einfach um der Kritik willen. Vieles ist in Afrika — und in Burundi — weit von unseren Massstäben entfernt, und deshalb sollten afrikanische Gegebenheiten in ihrem eigenen afrikanischen Rahmen, räumlich und zeitlich, gewertet werden.

Was Burundi betrifft, heisst das: in nächster Nähe des kongolesischen Wirrwarrs, Nachbar eines damals revolutionären Rwanda, selbst vor einer explosiven Lage stehend (man erinnere sich an die Ermordung des Sohnes des Königs von Burundi, Prinz Rwagasore am 13. Oktober 1961), verstand es die Regierung immerhin, Ruhe und Ordnung im Lande zu wahren. Auch jetzt, da nacheinander Tanganjika, Buganda, Kenia und schliesslich Rwanda ebenfalls von Unruhen erschüttert wurden, blieb es in Burundi ruhig. Ohne hieraus Schlüsse für die Zukunft des Landes ziehen zu wollen, seien diese Tatsachen festgehalten. Man hat gesagt, Burundi habe die kürzliche Watussi-Flüchtlingsinvasion (400-500 Mann) nach Rwanda zugelassen, wenn nicht befürwortet; man hat geschrieben, in Burundi sei «der Kommunismus fest verwurzelt» und zum Beweis die diplomatischen Beziehungen zwischen Burundi und Rotchina angeführt. Es steht aber fest, dass die Regierung von Burundi, als sie von Vorbereitungen der Watussi-Flüchtlinge zu einem Einfall nach Rwanda von ihrem Territorium hörte, Anstalten traf, um dieses Unternehmen zu verhindern. UNO-Generalsekretär U Thant hat der Regierung Burundis dazu gratuliert. Was die «feste Verwurzelung des Kommunismus» angeht, so erweist man mit solchen kategorischen Aussagen Burundi vermutlich einen schlechten und dem internationalen Kommunismus, der über den propagandistischen Erfolg kleiner Schritte zweifellos angenehm überrascht ist, einen unerwarteten Dienst. Die Tatsache der kommunistischen Subversion in Burundi soll damit keineswegs ignoriert werden. Es sei daran erinnert, dass Exkönig Kigeri V., der 1960 aus Rwanda verjagt wurde und nun fleissig zwischen Dar-es-Salam und Kairo reist, über Sympathien von kommunistischer Seite verfügt, und dass er bei den letzten Unruhen um Rwanda wohl seine Finger mit im Spiele gehabt hat.

Burundi in Stichworten:

Lage: Oestliches Zentralafrika. Nachbarn sind Rwanda (N), Tanganjika (O) und Kongo (W).
Fläche: 27 834 Quadratkilometer.
Einwohner: 2,3 Millionen. Die Bürger des Landes werden Barundi (Einzahl: Murundi) genannt.
Bevölkerung: Bahutu (Bantu-Afrikaner) und Watussi (hamitischer Abstammung).
Sprachen: Französisch (Amtssprache), Kirundi.
Wirtschaft: Agrarland. Angepflanzt werden Kaffee (Hauptexportgut), Bananen, Baumwolle.
Staatsform: Konstitutionelle Monarchie, Einkammerparlament, Regierung. Staatsoberhaupt ist König Mwami Mwambutsa IV. Hauptstadt ist Bujumbura



Landschafts- und Landwirtschaftsstruktur in einem: Durch das Geäst einer jener Akazien, die den Pflanzungen Schatten spenden, sieht man auf eine Kaffeeplantage im Vordergrund und ein Bananenfeld im Hintergrund. Die terrassenartigen Anlagen bieten Schutz gegen die Erosionsgefahr.

Kein Meter Eisenbahn

Burundi ist ein armes Land. Nicht arm an Leuten (etwa 82 Einwohner pro Quadratkilometer) noch an Boden noch wahrscheinlich an Bodenschätzen, nach denen bis jetzt kaum geschürft worden ist. Burundi ist vor allem arm an Industrie.

Zusammen mit 299 999 anderen steht einem Menschen nur ein Arzt zur Verfügung. Eine schwangere Frau vom Land muss in der Regel 40 km laufen, um sich einmal vor und einmal nach der Geburt beim «nächsten» Dispensarium untersuchen zu lassen. Die Kinder dursten nach Wissen, die Schulen sind aber in viel zu kleiner Zahl vorhanden. Ein Freund erzählte mir, wie er selber während mehrerer Jahre jeden Tag 26 km zur Missionsschule und 24 km nach Hause lief, ja rannte. — 95 Prozent der Bevölkerung sind Bauern. Nur 20 Prozent der Landwirtschaftsprodukte werden kommerzialisiert. Den Bauern interessiert das Geld nur insofern, als er damit seine Steuern bezahlen kann, mehr nicht; alles andere wird ihm im Garten oder in der Natur gespendet. Und es kann die Fruchtbarkeit der Natur die Entwicklung hemmen. — Die Industrialisierung steht in den Kinderschuhen: eine Brauerei, eine Oelsiederei und damit hat es sich.

Plötzlich wird einem abermals die ganze Dringlichkeit der Hilfsleistung wieder vor Augen geführt. Man staunt und träumt, wenn man hört, dass es in einem Lande keinen Meter Eisenbahngeleise gibt, dass nicht die geringsten öffentlichen Transportmittel vorhanden sind, dass keine Telephonverbindungen bestehen, dass eine Familie mit sieben Kindern, die auf dem Hügel wohnt, jedes Tröpfchen Wasser 100 m tiefer beim Brunnen zu Fuss holen muss; dass diese mühsame Arbeit von Tausenden Familien jeden Tag wiederholt wird. Oder dass abgesehen von einem regierungseigenen vervielfältigten Pressebulletin kein einziges Informationsorgan vorhanden ist...

«Was würdest du an meiner Stelle tun?»

Wo soll man anpacken, wenn überall angefangen werden muss? Woher soll die Hilfe kommen? Welche Hilfe wird angeboten? Belgien leistet seinen Teil, und mein Gesprächspartner ist des Lobes voll über den kleinen Treuhandstaat in Europa. Belgien allein kann es nicht schaffen. Andere Staaten aus dem Westen? — Aus dem Osten?

«*Schau*», sagte mir der Murundi, «*oft stehe ich auf einem hohen Hügel unweit meines Hauses. Von da aus erblicke ich einen schönen Teil meines Landes. Wenn ich mich umdrehe und langsam meine Augen über die wenig bewaldeten Hügel streifen lasse, so sehe ich ausser zahlreichen Hütten, Pflanzungen und Kühen ... nichts. Da überlege ich mir: Hier ist noch alles gut. Gefühle der Ohnmacht für die Gegenwart und der Begeisterung für die Zukunft bemeistern sich abwechslungsweise meiner.*»

Mein Gesprächspartner, überzeugter Anhänger der Demokratie, zerbricht sich den Kopf, wie auf lange Sicht dem Kommunismus in Afrika am besten Einhalt geboten werden könnte. *Stelle dich an meinen Platz*», sagt er. «*Am nächsten Tag in der Hauptstadt begegnest du der Delegation eines kommunistischen Staates, die dir eine Finanzhilfe für den Bau von Schulen, einer Werkstatt, vielleicht sogar einer Klinik vorschlägt. Das alles hast du anlässlich eines Blitzbesuches in Europa bereits gesehen, und du kannst dir leicht die Vorteile, ja, die Segnungen, die daraus für dein Volk erwachsen werden, vorstellen. Den Kolonialismus hast du gekannt, auch wenn er wie in Burundi milde Formen angenommen hatte. Den Kommunismus kennst du nur vom Hörensagen; du weisst, dass der kommunistische Block für die Unabhängigkeit der afrikanischen Völker in der UNO stimmte, gegen die früheren Kolonisatoren. Sage mir: Was würdest du machen? Würdest du nicht vielleicht die warnenden Worte des Bischofs und die Vorhalte der westlichen Botschaften in den Wind schlagen? Würdest du nicht — ohne es zu wollen oder es zu wissen — den verderblichen Kompromiss eingehen, in der dargebotenen Hilfe nur die «materielle» Seite zu erblicken? Würdest du nicht auch denken, da sollte der Westen doch nicht bloss zusehen?*» — Ich muss zugestehen, die Versuchung wäre gross. — Sein Schluss geht nun nicht etwa nach der Hilfe des Westens, um die Gefahr zu bannen, sondern er sagt: «*Wenn der Kommunismus je in Burundi Fuss fasst, dann nur durch die Gewalt; nicht etwa die rohe Gewalt, sondern die Gewalt der Dinge, das heisst angesogen durch die gähnende Leere der Unterentwicklung.*»

Alle Schulen stehen in Burundi sowohl der afrikanischen als auch der spärlichen weissen Bevölkerung offen: «Bei der graziösen Schönheit rechts handelt es sich wohl um ein Watussi-Mädchen?», wollen wir von unserem Freund aus Burundi wissen. «Watussi? Was ist das?» antwortet er lächelnd, mit der scherzhaften Gegenfrage andeutend, dass man heute überhaupt nicht nach der Stammesherkunft fragt.

Die Zukunft wird vorbereitet

Wenn geholfen werden soll, dann nur um der Sache willen. Burundi steht, wie alle jungen Staaten im schwarzen Afrika, in einer gewaltigen geschichtlichen Auseinandersetzung. Mehrere Elemente des Fortschritts sind feststellbar.

Die alte Institution der «Chefs», 36 an der Zahl, wurde ohne Blutvergiessen noch vor der Unabhängigkeit geregelt. Sie wurden alle in den Ruhestand versetzt.

Das Bodenrecht macht ebenfalls Fortschritte. Das Recht auf Bodeneigentum ist in der Verfassung verankert und allen Barundi ohne Rassen-, Religions- oder Geschlechtsunterschiede gewährleistet. Der Grossteil des Bodens gehört den Bauern, die in der Mehrheit Bahutu sind. Eigentum wird mittels Kauf, Erbe oder Gabe erworben. Eigenen Boden zu kaufen oder zu verkaufen, steht jedem Murundi zu. Ein in Afrika wichtiges Problem, der Kaufpreis, den ein junger Mann für seine zukünftige Frau bezahlen muss, ist im traditionsgebundenen Milieu noch üblich. Aber bereits können viele junge Leute die Gattenwahl ohne diesen oft belastenden Hintergrund treffen. Uebrigens heiraten junge Männer sowohl stammeseigene als andersrassige Mädchen.

Seit der Unabhängigkeit ist es in Burundi ausdrücklich verboten, sich auf seine Rassenzugehörigkeit zu berufen, ausser in rein privaten Belangen. Am 7. Januar erklärte König Mwambutsa bei der Eröffnung der Parlamentssession: «Ich verbiete euch einmal mehr, eure Rassenzugehörigkeit zu vermerken, wie Bahutu, Watussi oder Batwa! In meinen Augen seid ihr alle Barundi und nichts anderes!» Die Formulierung kommt uns extrem vor; sie deutet auf den selten anzutreffenden Willen, dem Tribalismus ein Ende zu setzen, der Afrika soviel Schaden zufügt.

So strebt Burundi seiner Zukunft zu, auf einem Wege, den seine Bewohner friedlich zu begehen wünschen. Ein kleines Volk in einem Lande, das in mancher Hinsicht gewisse Gegenden der Schweiz in Erinnerung ruft, steht am Anfang einer neuen Geschichte.

Jacques Lefert